

DAS GENERATIONEN MANIFEST

DasGenerationenManifest.de

DAS GENERATIONEN-MANIFEST

Wir sind die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.
Wir sind die Politik. Wir sind die Wirtschaft.
Wir sind jung und alt, arm und reich, mächtig und ohnmächtig,
Väter, Mütter, Söhne, Töchter, Enkel und Großeltern.

Wir machen uns Sorgen. Große Sorgen.

Und das unabhängig von der Farbe unserer politischen Überzeugungen.

Lange haben wir zugesehen, wie die Probleberge immer größer und die Politik immer handlungsunfähiger wurden. Wir leiden unter menschengemachten Naturkatastrophen und den Folgen des ungezügelten Finanzkapitalismus. Wir steuern in ein globales Desaster, wenn wir nicht umdenken und gemeinsam eine Zukunft gestalten, in der wir alle besser leben können und wollen.

Wir erleben eine mutlose Politik, die sich versteckt und sich wieder und wieder von Lobbyinteressen vorführen lässt. **Worte wie „alternativlos“ haben uns erschreckt** und aufgeweckt. Wir glauben und wissen, dass es Alternativen gibt und wollen uns dafür engagieren.

Wir, die Unterzeichner dieses Papiers, glauben an die Gestaltbarkeit unserer Zukunft und an unsere Pflicht, uns an dieser Gestaltbarkeit zu beteiligen. Wir übernehmen deshalb Verantwortung. Jeder und jede in dem Maß, das ihm und ihr möglich ist.

Dieses Jahr ist Wahljahr. Und darum treffen wir unsere Wahl und formulieren 10 Forderungen an alle politischen Parteien. Unser Manifest ist eine **Einladung zum Dialog, den wir einfordern**. Es ist ein Beitrag zur Transparenz und zur Bildung einer großen gesellschaftlichen Koalition für Nachhaltigkeit und eine aktive Zukunftsgestaltung.

Viele wissen heute nicht mehr, was Parteien wirklich wollen, für welche Interessen sie stehen und worauf wir uns bei ihnen nach der Wahl verlassen können. Wir wollen es dieses Mal und auch in Zukunft möglichst verbindlich wissen, bevor wir unsere Wahl treffen.

Wir wissen, dass in kurzer Zeit große Veränderungen nötig sind, um den Bedrohungen für uns alle, die Umwelt, unsere Gesellschaft und die Zukunft unserer Kinder entgegenzuwirken.

Darum suchen nach einem breiten Schulterschluss in der Bevölkerung, um die politische Debatte wiederzubeleben, uns über gemeinsame Werte und gesellschaftliche Ziele zu verständigen und eine nachhaltige sowie tragfähige Weichenstellung für die Zukunft unserer Kinder zu gewährleisten.

Wir fordern alle Bürgerinnen und Bürger, die Politiker, die Manager und Unternehmer dieses Landes auf, sich für einen gesellschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Wandel im Sinne einer sozialen und nachhaltigen Reform einzusetzen.

In zehn politisch und gesellschaftlich besonders relevanten Bereichen benennen wir unsere Forderungen, die wir in dieser und den kommenden Legislaturperioden für die Politik, die Wirtschaft und den einzelnen Bürger als Handlungsgrundlage für notwendig halten.

Wir haben eine Wahl.

Und wir wollen diese Wahl treffen.

Am 22. September 2013 und jedem anderen Tag davor und danach.

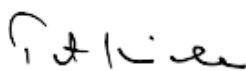
Wir glauben an dieses Land, an die Kraft seiner Menschen und an unsere Verantwortung für andere Nationen. Und an ein Leben heute, das nicht auf Kosten unserer Kinder morgen geht. Wir sind uns bewusst, dass wir unsere Ziele nur erreichen, wenn Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mit neuem Elan zusammenarbeiten. Jeder kann zu diesem Aufbruch etwas beitragen.

Wir, die Unterzeichner, sind dazu bereit.

Berlin, den 06. Juni 2013



Claudia Langer



Prof. Peter Henricke



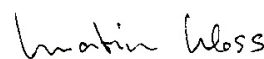
Prof. Harald Welzer



Felix Finkbeiner



Prof. Dirk Messner



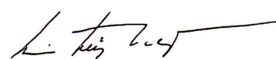
Martin Kloss



Martin Speer



Prof. Gesine Schwan



Marius Müller-Westernhagen



Thomas Jorberg



Benno Fürmann



Prof. Niko Paech



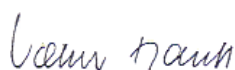
Franz Alt



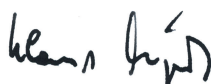
Prof. Ernst Ulrich von Weizsäcker



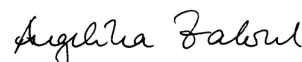
Margret Rasfeld



Dr. Volker Hauff



Klaus Wiegandt



Prof. Angelika Zahrt



Dr. Christa Müller



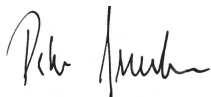
Prof. Holger Rogall



Aglaia Szyszkowitz



Sarah Wiener



Peter Lewandowski




Sonja Schelper



Sigrid Klausmann-Sittler



Walter Sittler



Thomas Sattelberger



Hannes Jaenicke

WIR WARNEN

im Interesse zukünftiger Generationen und des sozialen und ökologischen Gleichgewichts:

- 1. Der Klimawandel, die größte Bedrohung, die wir Menschen jemals erlebt haben, wird von der Bundesregierung und allen Parteien nicht mit höchster Priorität bekämpft.** Sie setzen damit das Leben und das Wohlergehen zukünftiger Generationen aufs Spiel.
- 2. Die Energiewende, das bedeutendste Projekt unserer Generation, wird von den politischen Entscheidungsträgern halbherzig und inkonsequent umgesetzt.** Wir werden sie haftbar machen, wenn sie die Chancen dieses Zukunftsprojektes aufgrund parteipolitischer Machtspiele fahrlässig gefährden.
- 3. Die Regierenden regieren an uns Bürgern vorbei.** Sie verschanzen sich in ihren Elfenbeintürmen, ohne zu erklären, welche Konsequenzen sich aus weitreichenden politischen Entscheidungen (z.B. Energiewende und Eurokrise) für unser Leben und das Leben unserer Kinder ergeben werden.
- 4. Die Politik der Gegenwart lädt riesige Schuldenberge auf die Schultern unserer Kinder und Enkel.** Selbst in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen wird das Staatsdefizit weiter erhöht statt abgebaut und damit der Handlungsspielraum der nächsten Generationen dramatisch beschnitten.
- 5. Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert.** Die Regierenden lassen sich von der Finanzindustrie vorführen und missachten die Interessen der Bürgerinnen und Bürger.
- 6. Politikerinnen und Politiker spalten durch ihre Tatenlosigkeit die Gesellschaft.** Sie haben in den letzten Jahren das Auseinanderdriften von Arm und Reich gesehen und billigend in Kauf genommen.
- 7. Wir mehren unseren Wohlstand auf Kosten der Menschen in den Schwellen- und Entwicklungsländern, die oft unter menschenunwürdigen Bedingungen für uns arbeiten.** Es ist eine Schande, dass wir mit Übergewicht und Überfluss kämpfen, während im Rest der Welt Millionen Menschen nicht einmal das Nötigste zum Leben haben.
- 8. Unser Bildungssystem versagt kläglich angesichts der Herausforderungen, die die Zukunft an uns stellt.** Alle Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wissen, dass unser Bildungssystem ungerecht und undurchlässig ist und die Lerninhalte unsere Kinder nicht auf zukünftige Anforderungen vorbereiten. Aber es mangelt an Mut zur radikalen Veränderung.
- 9. Die nachhaltige Modernisierung der Wirtschaft wird in Sonntagsreden eingefordert, aber durch falsche Rahmenbedingungen verspielt.** Solange Subventionen in überholte statt in zukunftsweisende Industrien und Technologien gelenkt werden, verschenken wir die Chancen, die sich Deutschland als internationalem Pionier eines grünen oder blauen Wirtschaftswandels bieten.
- 10. Der Generationenvertrag wurde einseitig aufgekündigt.** Die Generation der Eltern und Großeltern betreibt fahrlässige Besitzstandswahrung auf Kosten ihrer Kinder und Enkel.

WIR FORDERN

Mut, Ehrlichkeit und generationengerechtes Handeln.

1. Die Bekämpfung des Klimawandels muss als Staatsziel in die Verfassung aufgenommen werden. Ein zu Beginn der neuen Legislaturperiode verabschiedetes Klimaschutzgesetz muss die Grundlage dafür bieten. Wenn Europa und Deutschland beim Klimaschutz und bei der Markteinführung von Klimaschutztechniken vorangehen, werden andere – schon aus Wettbewerbsgründen – folgen. Denn Klimaschutz ist ein Gewinn für uns alle und keine Zumutung von Lasten.

2. Die Energiewende muss aktiv vorangetrieben werden, und zwar sowohl als „grüne“ Energieerzeugungs-, als auch als Energiesparwende. Durch Innovationen bei der Energieeffizienz und die Fokussierung auf Energieeinsparpotenziale in Unternehmen und Privathaushalten kann die Energiewende zu vertretbaren Kosten für alle Beteiligten gelingen. Mit der Energiewende sind wirtschaftlich große Chancen verbunden, nicht nur für unser Land, sondern auch für Europa und für die Welt. Die heutige Generation ist in der Pflicht, eine sichere Energiebasis für kommende Generationen zu schaffen.

3. Wir fordern unser Recht auf Beteiligung und Mitsprache ein.

Wir Bürgerinnen und Bürger wollen uns aktiver an Entscheidungsprozessen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft beteiligen. Wenn Politik Demokratie nicht gefährden will, muss sie wieder begründen und vermitteln, was sie tut und warum. Wir fordern unsere Politiker auf, ihre Elfenbeintürme zu verlassen, den ernstgemeinten Diskurs mit dem Bürger zu suchen und auf dieser Basis Entscheidungen zu treffen. Die Wähler müssen wissen, was sie wählen und sich auf Politiker verlassen können.

4. Wir fordern die Regierung dazu auf, die Staatsfinanzen so zu sanieren, dass die Verschuldung zurückgeführt und neue Prioritäten für eine zukunftsgerechtere und nachhaltigere Ausgabengestaltung gesetzt werden können. Ziel ist es, die Zinslasten für den Staatshaushalt zu senken und dadurch öffentlichen Gestaltungsspielraum für nachhaltige Zukunftsinvestitionen zurückzugewinnen. Denn nur ein finanziell potenter Staat kann Sicherheit, Bildung, Kultur, Forschung und Entwicklung, soziale Absicherung und andere öffentliche Güter für alle Bürger sicherstellen.

5. Wir fordern eine Reform und strikte Regulierung der privaten Finanzwirtschaft.

Banken sind Diener der Wirtschaft und der Bürger, nicht ihre Herrscher. „Systemrelevante“ Banken nehmen eine ganze Gesellschaft in Geiselnhaft. Deshalb ist die Begrenzung von Bankenmacht unabdingbar. Das Verursacherprinzip muss auch im Finanzsektor zur Geltung gelangen: Die Folgekosten der Finanzkrisen müssen diejenigen tragen, die mit unkalkulierbaren Risiken hohe Gewinne erzielen. Als Bankkunden fordern wir vollständige Transparenz über die Verwendung anvertrauter Gelder und eine krisensichere Vielfalt von Banken.

6. Wir fordern soziale Gerechtigkeit in Deutschland. Von Politik und Wirtschaft müssen wir energisch verlangen, dass Armut und mangelnde Chancengleichheit überwunden werden. Notwendig ist ein Sofortprogramm, um das wachsende Auseinanderdriften von Arm und Reich zu stoppen. Die Teilhabe am privaten Wohlstand und öffentlichen Gütern muss gesichert und der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt werden. Eine wirkungsvolle Lohnuntergrenze wäre ein wesentlicher Schutzwall gegen den sozialen Absturz. Für uns ist es selbstverständlich, dass Besserverdienende und Vermögende einen größeren Beitrag zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben leisten. All das gelingt nur mit einer gerechteren Finanzpolitik, die auch die Ausgabenseite auf den Prüfstand stellt.

WIR FORDERN

Mut, Ehrlichkeit und generationengerechtes Handeln.

7. Wir fordern ernsthafte Anstrengungen zur Bekämpfung von Hunger, Armut und Unterentwicklung in der Welt. Notwendig dafür ist ein Sofortmaßnahmenpaket zur Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele. Multinationale Unternehmen müssen gesetzlich verpflichtet werden, die Sozial- und Menschenrechte der Beschäftigten in ihren Betrieben und Zulieferbetrieben zu schützen und zur Hebung ihres Lebensstandards auf ein überlebensfähiges Niveau beizutragen.

8. Wir fordern eine nachhaltige Entwicklung unserer Wirtschaft. Notwendig dafür sind verlässliche politische Rahmenbedingungen, verbindliche Leitziele und Preise, die die ökologische und soziale Wahrheit sagen, faire Wettbewerbsregeln und der Abbau umweltschädlicher Subventionen. Mit dem nachhaltigen Umbau unseres Wirtschaftssystems sind große Chancen für den Standort Deutschland verbunden, weil umweltfreundliche Technologien und Produkte in Zukunft ein Wettbewerbsvorteil und Exportschlager sein werden.

9. Wir fordern eine umfassende bundeseinheitliche Reform des Schul- und Ausbildungssystems, denn Bildung ist die effektivste, sozialste und wirtschaftlichste Form der Zukunftssicherung und der Treibstoff unserer Gesellschaft. Sie ist Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und schafft das Innovationspotenzial für unser Land. Alle jungen Menschen müssen unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern gleiche Zugangs- und Aufstiegschancen im Bildungssystem erhalten. Lehrpläne, Unterrichtsformen und Notensysteme der Vergangenheit müssen überprüft und so gestaltet werden, dass die Lust am Lernen, die Leistungsbereitschaft und die Talente von Jugendlichen in ihrer Vielfalt gefördert werden und ihr Selbstbewusstsein gestärkt wird. Schule muss ein Ort der Begeisterung, der Stärkung des Selbstbewusstseins, der Entfaltung individueller Potentiale werden und auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereiten. Denn die werden gewaltig sein.

10. Wir fordern einen neuen fairen Generationenvertrag, der seinen Namen verdient. Wenn unsere Kinder mindestens die Chancen auf ein Leben haben sollen, wie es unsere Generation hatte, dann müssen wir den Raubbau an der Natur und die Ausgrenzung der Talente und der kulturellen Vielfalt von Menschen beenden. Wir brauchen neue Visionen und Debatten über eine Zukunft des guten Lebens. Wir wollen unseren Kindern eine Gesellschaft weitergeben, die es ihnen erlaubt und sie befähigt, ihre Träume zu verwirklichen. Denn unsere Kinder haben gerade auch in Zeiten des demographischen Wandels ein Anrecht auf ein chancenreiches Leben.

Wir fordern eine Strategie des Wandels für Deutschland, Europa und die Welt.

Zukunftsfähigkeit erfordert mehr als ein paar kosmetische Korrekturen. Und sie braucht den Schulterschluss mit den Schwellen- und Entwicklungsländern, die aufgrund ihrer dynamischen Entwicklung eine besondere Bedeutung für alle Themen der Nachhaltigkeit haben. Wir müssen mit langem Atem und konsequent auf eine ökologisch und sozial gerechtere Gesellschaft hinarbeiten. Wir fordern alle Politiker auf, sich in ihren Entscheidungen nicht abhängig von kurzzeitigen Wahlprognosen, Machtverschiebungen oder Lobbyinteressen zu machen. Wir fordern sie auf, ihre Kraft uneingeschränkt dem Wohle der heutigen und zukünftigen Generationen zu widmen, ihren Nutzen zu mehren und Schaden von ihnen abzuwenden.